

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Staniung in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen kosten die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 15 S. — Postkatalog Nr. 2565.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Große Theaterstraße Nr. 44, erste Etage.

Inhalt: Zur Geschichte der Bewegung für die Verkürzung und gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. — Parlamentarisches. „Im Namen der Humanität.“ — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. — Wie viel Lohnarbeiter zählt das deutsche Reich? — Zur Lage der Krankenanstalten. — Unfall-Statistik. — Gewerblichkeits-Angelegenheiten. — Arbeitslohn im Baugewerbe des Mittelalters. — Eine neue Organisation für die Maurer Berlins? Was leisten die Unternehmer in der Unfallversicherung für die Arbeiter? Die Folgen des Sonntags und des Feiertags. Amerikanische Streikstatistik. — Gerichts-Chronik. — Situationsberichte. — Eingefandt.

An die Maurer Deutschlands!

Bei der kürzlich beendeten statistischen Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Gewerbe haben viele Kollegen die Nichtausfüllung oder nicht genügende Ausfüllung der Ihnen zugestellten Fragebogen damit entschuldigt, daß ihnen dieselben „zu spät zugefickt“ seien. Diese Entschuldigung können wir nicht gelten lassen. Die wahre Ursache, daß sie und da die Ausfüllung der Fragebogen nicht oder nur mangelhaft erfolgte, dürfte wohl darin zu sehen sein, daß die betreffenden Kollegen über die Verhältnisse, auf welche die Fragen sich beziehen, nicht genügend informiert waren. Daraus wollen wir Keinem einen Vorwurf machen, da ja die Verhältnisse eines ganzen Jahres für die Statistik in Betracht gezogen sind und der Beschluß, eine solche zu veranstalten, erst im März v. J. vom gewerkschaftlichen Kongress der Maurer gefaßt wurde.

Es erscheint aber geboten, die Kollegen zu ersuchen, für die demnächstige neue Erhebung schon von jetzt ab sich regelmäßig Notizen zu machen, die dem bekannten Inhalt der Fragebogen, welcher im Wesentlichen derselbe bleiben wird, entsprechen. Dann haben sie, wenn ihnen die Fragebogen abermals vorgelegt werden, das Material zur Ausfüllung derselben zusammen. Insbesondere die Leiter unserer gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Orten ersuchen wir, in dieser Richtung thätig zu sein und so dazu beizutragen, daß die demnächstige statistische Erhebung ohne große Schwierigkeiten sich vollzieht und eine möglichst genaue und umfassende wird.

Mit Gruß Die Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands.

H. Dammann.

Hamburg, 27. Januar 1890.

Zur Geschichte der Bewegung für die Verkürzung und gesetzliche Regelung der Arbeitszeit.

III. (Schluß.)

Es erübrigt nun noch, darauf hinzuweisen, daß in den meisten Kulturstaaten das Recht der Gesetzgebung, die Arbeitszeit zu normieren, längst anerkannt und zum Theil auch schon geübt worden ist.

Nächst England ist hier die Schweiz zu erwähnen. Bereits im Jahre 1864 führte der schweizerische Kanton Glarus das Arbeitsmaximum von zwölf Stunden für die Fabrikarbeit ein. Im Jahre 1872 folgt das Arbeitsmaximum von elf Stunden.

Auch Baselstadt führte im Jahre 1869 das zwölfstündige Maximum ein.

Die guten Erfolge, welche mit dieser Maß-

regel erzielt wurden, ermutigten zu weiteren Schritten. So wurde zunächst in die revidirte Bundesverfassung vom Jahre 1874 (Artikel 34) die Bestimmung aufgenommen: „Der Bund ist befugt, einheitliche Bestimmungen über die Verwendung von Kindern in den Fabriken und über die Dauer der Arbeit erwachsener Personen in denselben aufzustellen.“ Daraufhin wurde denn im Jahre 1877 der elfstündige Arbeitstag für die Fabriken in der ganzen Schweiz eingeführt.

Anfangs setzten auch die Unternehmer in der Schweiz dieser Reform den entschiedensten Widerstand entgegen. Professor Cohn in seinen „Oekonomischen Studien“ berichtet, daß ihm der Arzt Fr. Schüler, welcher in Glarus Fabrikinspektor war und später als solcher für die ganze Schweiz fungirte, mitgetheilt, „wie er seine Lebensstellung als praktischer Arzt auf's Spiel setzte, da er den Fabrikanten gegenüber das Gesetz als Inspektor zu verwirklichen unternahm — und wie am Ende, in verhältnißmäßig kurzer Zeit, der Widerstand sich brach.“

Das deutsche Reich hat es benachlässigt noch nicht weiter gebracht als bis zu den die Fabrikarbeit der Kinder, junger Leute bis zu 16 Jahren und der Wöchnerinnen beschränkenden Bestimmungen.

Dahingegen hat die österreichische Gesetzgebung an das Beispiel der Schweiz angeknüpft und im Jahre 1885 ein Gesetz hergestelt, dessen wesentliche Bestimmung lautet: „In fabrikmäßig betriebenen Gewerksunternehmungen darf für die gewerblichen Hilfsarbeiter die Arbeitsdauer ohne Einrechnung der Arbeitspausen nicht mehr als elf Stunden binnen 24 Stunden betragen.“

Erwähnenswerth ist ferner, daß in Australien — und zwar ohne die Hilfe der Gesetzgebung — längst ein achtfündiger Maximalarbeitstag besteht und daß ein solcher schon vor Jahren in Staatsbetrieben der Nordamerikanischen Union eingeführt wurde.

Der manchesterliche Standpunkt, daß der Staat, wenn er die Arbeitszeit gesetzlich regelt, die „wirtschaftliche Freiheit“ der Arbeiter beeinträchtigt, ist — wenigstens im Prinzip — ein überwundener. Jetzt wird diese Frage vorwiegend nur noch unter dem Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit bzw. der praktischen Durchführbarkeit erörtert.

Wir kennen die Einwände, welche von den herrschenden Interessenrichtungen gegen die Verkürzung und gesetzliche Regelung der Arbeitszeit erhoben worden und haben dieselben oft genug kritisiert. Sie laufen im Allgemeinen auf die Behauptung hinaus, daß eine solche Maßregel, wenigstens so weit sie die erwachsenen männlichen Arbeiter betreffe, unvereinbarlich sei mit den Interessen der Industrie und — der Arbeiter. Nun, diese Behauptung ist von den Unternehmern noch heutzutage erhoben worden, wenn es sich um eine gesetzliche Beschränkung der Ausbeutungsfreiheit des Kapitals handelte. Man erinnere sich nur des unvernünftigen Lärms, den die englischen Unternehmer machten, als lediglich die Arbeit der Kinder beschränkt werden sollte; ihrem Geschrei nach hätte diese Reform den Ruin der ganzen englischen Industrie zur Folge haben müssen. Und in der Schweiz wie in Oesterreich geberdeten sich die Unternehmer nicht minder unvernünftig. Solches Gebahren, aus welchem das nackte Selbstinteresse spricht, ist man gewohnt; der vernünftige Mensch hat dafür nur ein mittelbäugiges Lächeln; die Masse der wirt-

schafflich aufgeklärten Arbeiter aber jetzt unbestimmt um das Geschrei und die gegenwärtige tendenziöse Maché ihre Propaganda für Verkürzung und gesetzliche Regelung der Arbeitszeit fort, überzeugt, daß die Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften sich endlich doch dieser Forderung fügen müssen. Dieselbe zum Gegenstand eines für die Arbeiter aller Kulturstaaten maßgebenden Beschlusses gemacht zu haben, war ein sehr glücklicher Griff des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris. Es darf aber nicht unbeachtet gelassen werden, daß die Gegner der Arbeiterfrage diesen Beschluß in tendenziöser Weise absichtlich mißdeuten, um „Stimmung“ gegen die Arbeiterbewegung zu machen.

Der Kongress hat deutlich und klar, in nicht mißzuverstehender Weise den „achtfündigen Maximalarbeitstag für alle Arbeiter“ lediglich gefordert als „Grundlage einer internationalen Arbeiterarbeitsgesetzgebung“, als eine der Maßregeln, die durch internationale Verträge sicher zu stellen sind. Der Kongress ließ sich dabei leiten von der Annahme, — so besonders durch Webel — zum Ausdruck gebrachten Ueberzeugung: daß es von Bedeutung sei, den achtfündigen Maximalarbeitstag für alle Länder im Prinzip festzusetzen, als ein Ziel, das schon heute erreicht werden könne.

In diesem demonstrativen bzw. propagandistischen Sinne zu Gunsten der internationalen Arbeitsgesetzgebung und in keinem anderen ist auch in Deutschland der Kongressbeschluß Gegenstand der Agitation der Arbeiter. Die Gegner aber sind unwissend oder gewissenlos genug, die grobe Unwahrheit zu verbreiten: es sei auf die Zulassung großartiger Streiks zwecks Erringung des achtfündigen Maximalarbeitstages abgesehen, und Alles in Allem handele sich es um „sozialdemokratische Umsturzbestrebungen“. Wir meinen, die auf sozialpolitischem Gebiet sich bethätigenden Arbeiter Deutschlands hätten denn doch wohl schon zur Genüge bewiesen, daß sie sehr praktische Leute und keine Schwärmer sind; es ist der Gipfelpunkt aller Lächerlichkeit, ihnen zuzumuthen, daß sie so thöricht sind, für die Allgemeinheit der Arbeiter durch Streiks das Errengene zu wollen, was ihrer ausgesprochenen Ueberzeugung nach nur auf Grund des Gesetzes bzw. internationaler Vereinbarungen geschaffen werden kann. Nein, Ihr Herren Schwärmer und Gezer, so thöricht sind die Arbeiter nicht; sie thun den Gegnern ihrer Sache den Gefallen nicht, durch wahnwitzige Unternehmungen, wie z. B. einen allgemeinen sogenannten „Generalstreik“, diese Sache gründlich zu zerstören. Es fällt nicht schwer in's Gewicht, daß hier und da, ganz vereinzelt, auch Arbeiter von der irrigen Ansicht befangen waren, als habe der Kongress für den Ausbruch des allgemeinen Streiks den 1. Mai dieses Jahres festgesetzt, während er thatsächlich nur den Wunsch aussprach, die Arbeiter aller Nationen möchten an diesem Tage überall Kundgebungen veranstalten, für die gesetzliche Festsetzung eines achtfündigen Maximalarbeitstages, sowie für Durchführung aller übrigen Beschlüsse des Kongresses, unter Anpassung an die jedem Lande eigenthümliche Verhältnisse.“ Jene Arbeiter sind von ihrem Irrthume sehr schnell geheilt worden, aber in den Köpfen der Gegner ipult er fort.

Lassen wir ihn ipulten und helfen wir, was an unserem Theile ist, mit dazu, die Kundgebung der Arbeiter, speciell der Bauhandwerker Deutschlands, sich zu einer würdigen, ihrem

Zweck auch dienend sich gestalte. Das dürfte am besten durch das Arrangement großer öffentlicher Versammlungen erreicht werden, in denen die Forderung der internationalen Arbeitsgesetzgebung unter gebührender Berücksichtigung des achtstündigen Maximalarbeitstages zum Gegenstande und unter streng sachlicher Erörterungen und Erklärungen gemacht wird.

Parlamentarisches.

Der Befähigungsnachweis. In den Sitzungen vom 18. und 20. Januar erlegte der Reichstag in dritter Lesung die konventionellen und ultrakonventionellen Anträge, betreffend Einführung des Befähigungsnachweises. Der Abgeordnete Grillenberger ging mit den Rüstern und ihren Protektoren nochmals scharf in's Gericht. Insbesondere wies er die von dem Handwerker im Geiste, Hofrath Wermann aufgestellte Behauptung, die Sozialdemokraten seien naturgemäß Feinde des Handwerks, als eine unnütze Juridik, die man lediglich für den Zweck erfinden habe, um die Handwerker für die reaktionären Parteien einzufangen. Den besten Beweis dafür, daß dieses Bemühen vergeblich sei, liefere die Thatsache, daß mehr und mehr die kleinen selbstständigen Handwerker sich der Sozialdemokratie anschließen und ihre Interessen als solchdarisch erachten mit denen der Arbeiter überhaupt. — In namentlicher Abstimmung wurden die Anträge Wermann-Mischler mit 129 gegen 92 Stimmen angenommen. Es würde wohl ein entgegengesetztes Resultat erzielt worden sein, wenn die nationalliberalen Gegner der Anträge zahlreicher am Platze gewesen wären. Uebrigens ist gar keine Aussicht dafür vorhanden, daß der Bundesrath den Anträgen seine Zustimmung giebt. Die Herrn Wermann und Genossen haben also wieder mal pro nihilo gearbeitet.

„Im Namen der Humanität.“

Ungefähr zwölf Jahre mügen verfließen sein, als in der deutschen Presse zum ersten Male die Frage der Chinesen-Einfuhr nach Deutschland erörtert wurde. Die Viktor Böhmert'sche „Sozial-Korrespondenz“ für das Wohl der arbeitenden Klassen war's, die sich den nicht nebenswerthen Ruhm erwarb, den Unternehmern zu rathen, an Stelle der unzufriedenen „sozialdemokratischen und freileibigen“ einheimischen Arbeiter solche aus China zu beschäftigen, Kulis, die „bedürftiglos“, „fleißig“, „unterwürdig“ und „zuverlässig“ seien.

Seitdem ist die Frage der Kulininfuhr öfter öffentlich erörtert worden; auch wir haben bereits einige Male Stellung dazu genommen und erklärt, daß, wenn erst einmal der Anfang mit dieser „Sozial-Reform“ gemacht sei, die Folgen sich nicht absehen lassen. Nun hat bekanntlich um die Mitte vorigen Jahres die „Deutsche Dampfschiff-Fahrt-Gesellschaft“ in Hamburg „fakt. deutscher Mannschafte“ Chinesen an Bord genommen. Als bald folgten „König Wermann“ mit der Anstellung von Wermann auf seinen Schiffen.

Diese Thatsachen gaben in der Reichstags-Sitzung vom 20. Januar Anlaß zu recht interessanten Debatten. Der Abgeordnete Delebe-Gamburg tabelte in sehr energischer Weise die Anstellung von Kulis und Chinesen auf deutschen Schiffen. Diese Neuerung sei lediglich der Profitgier der Unternehmer entspringen, die ein Interesse daran haben, Arbeiter zu möglichst niedrigen Löhnen zu beschäftigen; sie habe zur Folge, daß die so wie so schon unzureichenden Löhne der deutschen Arbeiter noch mehr gedrückt werden, was im Interesse der nationalen Wohlfahrt gewiß nicht gutzugehen werden könne.

Der Abgeordnete Wermann versuchte, diese bedenklichen Angriffe auf seine Person und andere Aebder damit zu entkräften, daß er behauptete: er und die übrigen Aebder ließen sich bei Anstellung der Chinesen und Neger nur von „Humanität's“ Rücksichten leiten. (!?) Diese Leute könnten die Strapazen des Schiffsdienstes in den tropischen Meeren besser ertragen wie Deutsche.

Der Staatssekretär Herr von Bötticher schloß sich dieser Ansicht an und meinte: es liege im Interesse der Humanität, die deutschen Arbeiter zu schonen; die Schiffahrter mögen immerhin Kulis und Neger verwenden, das seien ja „ganz ordentliche Leute“. Wir haben wahrlich nichts dagegen einzuwenden, daß deutsche Arbeiter „im Interesse der Humanität“ geschont werden. Wir fordern das. Aber wir können nicht zugestehen, daß es wirklich Humanitäts-Rücksichten sind, welche die Unternehmer dazu bestimmen, den deutschen Arbeitern Chinesen und Kulis als Konkurrenten um's Brot gegenüberzustellen.

Wichtigere Arbeitskräfte! Das ist der Schrei der Unternehmer groß und klein! Wiewohl die Löhne der deutschen Arbeiter in den meisten Branchen auf ein Minimum hinabgedrückt sind, sucht man immer noch daran zu schrauben. Die „freie Konkurrenz“ kann nicht still stehen. Und so sind denn Hamburger Aebder zuerst auf den ominösen Einfall gekommen, Chinesen und Neger an Stelle deutscher Arbeiter zu verwenden.

Man begreift ohne Mühe, daß die Verwendung der Chinesen und Neger auf Schiffen die leichteste Form ist, sie in Massen in deutsche Häfen zu bringen. Diese Menschen werden wahrscheinlich bald Matrosendienste umsonst thun, nur, um nach Europa übergesetzt zu werden, wo sie eine nach ihren Begreifen „lohnende“ Beschäftigung leicht erhalten können. Wir werden sonach in kurzer Zeit einen Chinesen- und Neger-Export haben, wenn es den deutschen Arbeitern nicht gelingt, rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu erwirken. Wir waren stets überzeugt, daß der Kapitalismus

seine vaterländischen Interessen kennt. Und, wir haben hier den besten Beweis. Die Herren Unternehmer wissen recht wohl, welche Verheerung die Chinesen und Neger-Einwanderung anrichten wird: sie wissen recht wohl, daß sie damit, indem sie diese Einwanderung anregen und fördern, nicht nur Tausende von Arbeitern in's Elend stürzen, sondern auch die Geschäftswelt schädigen, die an den Chinesen kaum etwas verdienen kann und die unter dem sinkenden Konsum der einheimischen Arbeiter schwer zu leiden hat. Aber die Unternehmer wollen eben konkurrieren, siegreich konkurrieren und da ist ihnen jedes Mittel recht.

Man erachtet aus diesen Dingen so recht die Befahrenheit der kapitalistischen Produktionsform. Die größten Utopisten sind doch offenbar jene Mandchesskammer, welche glauben, das „freie Spiel der Kräfte“ werde in diesen ungeheuren Wirrwarr wieder Ordnung hineinbringen.

Wir sind von keinem Gals gegen die gelben und schwarzen Proletarier erfüllt. Ganz im Gegenteil; wir würden alle Bestrebungen unterstützen, die ihnen nützlich sein könnten. Auch werden diese Leute schwerlich die Einsicht haben, um begreifen zu können, welch Unheil sie anrichten. Specieil die Kulis sind Opfer der herrschenden Zustände in China, wo sie dem größten Elend preisgegeben sind, und sie machen den Versuch, diesem Elend sich zu entwinden.

Man sieht, in den Händen des Kapitalismus verwanbelt sich manchmal der Segen in einen Fluch. Die modernen Verkehrsmittel, die unsere Kultur- und Zivilisation so mächtig gefördert, sie werden im Interesse des Egoismus dazu angewendet, um die Chinesen und Neger in's Land zu bringen und unsere einheimischen Arbeiter brotlos zu machen.

Wer dagegen nicht ankämpft, der kann kein Freund Deutschlands sein. Denn der Schaden, der aus der Chineseneinwanderung erwächst, ist für die Gesamttheit des deutschen Volkes ein unermesslicher, während nur einige Unternehmer den Profit davon haben.

Was aber sollen die deutschen Arbeiter thun, zumal da von der Gesetzgebung zunächst keine Hilfe zu erwarten ist und die Regierung selbst in der Annahme, es handle sich um einen Akt der „Humanität“, der Verpöndung von Kulis und Neger geradezu das Wort redet?

Zunächst müssen die Arbeiterorganisationen berathen, welcher Art die geeigneten Maßnahmen sein könnten, welche gegen die neu erwachsende Kalamität zu treffen wäre.

Wir schlagen hier ausdrücklich nichts vor, sondern wir wollen auf die Stimmen der zunächst bestreiftigen Arbeiter selbst hören.

Das Beispiel Kaliforniens kann uns warnen, uns die Sache nicht über den Kopf wachsen zu lassen. In Kalifornien hatte man Anfangs der Chineseneinwanderung eine besondere Bedeutung nicht beigelegt. Aber bald hatten die einheimischen Arbeiter schier nichts mehr zu thun und mußten auf der Strafe herumlungern. Die Chinesen aber arbeiteten für ungläublich niedrigen Lohn und brachten noch allerhand Krankheiten mit in's Land, zu einer Zeit, da es weder in Amerika noch in Europa an Epidemien fehlte. Nachdem die Zustände in Kalifornien durch den Kullimport geradezu unerträglich geworden waren, mußte man sich endlich zu Maßnahmen entschließen, die nicht notwendig geworden wären, wenn man der Sache nicht von Anfang an so gleichgültig zugehört hätte.

Wir wollen nun sehen, was geschieht, und wollen auch sehen, ob die bürgerlichen Kreise dem Kullimport ruhig zusehen werden. Wenn sie dies thun, so werden sie es bald zu bereuen haben.

Aber wir hoffen, daß es gelingen wird, die deutschen Arbeiter und mit ihnen das deutsche Volk vor der Schädigung, die mit einem Kuli- und Negerhandel droht, zu bewahren.

Während wir an der Küste von Ostafrika Diokade halten wegen des Negerhandels, taucht das Gespenst des Kuli- und Negerhandels im eigenen Lande auf. O Humanität des 19. Jahrhunderts!

Wirthschaftlich-soziale Rundschau.

* An die Adresse des „Handwerker im Geiste“, Hofrath Wermann, hat ein Berliner Handwerksmeister, Herr M.H.H.S., kürzlich ein Schreiben gerichtet, in welchem Nennen folgende wohlverdiente „Schmeicheleien“ gefolgt werden: „Da Sie sich so sehr für das Handwerk zu interessieren scheinen, bitte ich, mir zu gestatten, Ihnen meine Meinung zu sagen. Sie sind ein alter Handwerksmeister, bin 18 Jahre Geselle gewesen und bin jetzt 25 Jahre selbstständig, oder, wenn Sie wollen, Meister. Ich kann Ihnen nur sagen, daß Sie vielleicht ein sehr tüchtiger Hofrath sind, aber ein Handwerker rath sind Sie nicht! Davon haben Sie keine Ahnung. Ich möchte wohl wissen, wo Sie den Befähigungsnachweis dazu erhalten haben? Das müssen sehr beschränkte Köpfe sein! Wie kann man wohl mit dem Befähigungsnachweis das Handwerk heben wollen! Ihr Zeit, als es die Messer und Gesellenprüfung gab, ist mindestens ebenso viel Schundarbeit geleistet als heute, weil es eben ein Publikum giebt, welches Schundarbeit kauft! Glauben Sie nicht, daß nur die unteren Volksklassen diese Schundarbeit kaufen. Nein, selbst in Ihren Kreisen wird sehr viel Schundarbeit gewünscht und gekauft für einen Schlanderpreis.“ Sorgen Sie, Herr Hofrath, zuvörderst dafür, daß Ihre Standesgenossen vom Handwerker gute und gediegene Arbeit und nicht Schundarbeit kaufen. Der Befähigungsnachweis hat da gar nichts mit zu thun. Der Befähigungsnachweis ist nur gut für die Altkleister und Prüfungsmeister. Für die ist derselbe eine mildende Sub. Auch alle, in ihrem Handwerk verkehrte Meister suchen in ihrer Beschränktheit in dem Befähigungsnachweis Rettung, weil sie nicht mit dem Zeiglein fortfahren. Ich nenne Ihren Antrag die Mumie aus dem Mittelalter, die

Sie zu beleben versuchen. Es wird Ihnen und Ihren Nachkommen erst recht nicht gelingen, dem Weitauf Einhalt zu thun. Ihr Name, Herr Hofrath, wird ein schwarzes Blatt in der Weltgeschichte sein! Ich möchte wünschen, daß Sie in Ihrem Beruf als Hofrath mehr Beschäftigung hätten, damit Sie nicht Zeit fänden, die beschränkten Handwerker irre zu führen oder sich von den beschränkten Handwerkern irre führen zu lassen. Es ist mir nicht faßlich, daß ein Mensch von gesundem Verstand durch so schlagende Gründe, wie Sie Ihnen schon vorgeführt sind, sich nicht von seinem widerkinnigen Treiben überzeugen läßt. Ich muß zu Ihren Gunsten annehmen, daß Sie als Retter der Handwerker auftreten, damit Sie die beschränkten Handwerker als Stimmbeleg benutzen können zu konservativen Zwecken! — Das stimmt! Aber zum Glück ist die Zahl solcher beschränkten Handwerker keine ausschlaggebende.

Die Nachrichten aus den deutschen Bergarbeiterbezirken lassen keinen Zweifel darüber, daß sich der Bergarbeiter eine große Erweilung bemächtigt hat. Unter den gegenwärtigen Umständen ist aber an die Möglichkeit eines erfolgreichen Streiks nicht zu denken. Die Bergarbeiter haben keine Fonds, von denen sie auch nur einige Wochen lang sich erhalten könnten; Unterstützung von den deutschen Arbeitern anderer Branchen ist in nennenswerthem Betrage nicht zu erwarten, weil diese selber meist im Lohnkampf stehen, oder sich auf Lohnkämpfe vorbereiten oder durch den Wahlkampf in Anspruch genommen sind. Und vom Auslande ist gar nichts zu erwarten. Die belgischen und französischen Bergarbeiter sind noch ärmer als die deutschen und die englischen haben zwar ziemlich gefüllte Kassen, brauchen aber für sich selbst Alles, was sie haben und noch mehr. Die ausländischen Elemente, die ein Interesse daran haben sollen, einen deutschen Kohlenarbeiterstreik zu provozieren, sind nur im Schilde des Herrn Schaffke vorhanden. Dagegen scheint es keinem Zweifel zu unterliegen, daß es in Deutschland Elemente giebt, die einen Streik in den rheinisch-westfälischen Kohlenbezirken sehr gern sehen würden. Die Kohlenbarone wissen genau, daß ein Streik, der aus Mangel an Mitteln sicher erfolglos bleiben und nur kurze Zeit dauern würde, zur Folge haben müßte, daß die Widerstandskraft der Bergarbeiter auf Jahre gebrochen wird. Und außerdem fehlt es nicht an Anzeichen, daß ein zweiter Meilenstreik denen willkommen sein würde, welche die Wahlparole: „Gegen die Sozialdemokraten und ihre Begünstiger“ zugriffsartig machen möchten. Ein Streik der Bergarbeiter, der voraussetzlich zu erregten Szenen führen und vielleicht Gelegenheit zum Einschreiten des Militärs geben würde, wäre für gewisse Leute eine vortreffliche Stofflage für das „Rothkeppchen“, dessen sie zur Wahl bedürfen. In Unbetracht dieser Verhältnisse ist wie uns aus Berlin mitgetheilt wird, von Seiten der sozialdemokratischen Abgeordneten beschlossen worden, all ihren Einfluß, so weit sie persönliche Beziehungen mit Bergarbeitern haben, dahin geltend zu machen, daß der Ausbruch eines Streiks verhindert wird, und daß die Arbeiter nicht auf Forderungen bestehen, die unter den gegenwärtigen Umständen unthunlich, fährbar sind.

Wie viel Lohnarbeiter zählt das deutsche Reich?

Zu einer genauen Beantwortung dieser Frage fehlt es zur Zeit noch an dem ausreichenden statistischen Material. Es lassen sich nur Wahrscheinlichkeiten festsetzen und annehmen, und ist man dabei angewiesen auf die Berufsstatistik vom Jahre 1882 und auf die Nachweisungen, betreffend die Unfallversicherung. Ersterer zufolge wurden am 2. Juli 1882 im ganzen Reich 18986494 erworbene Personen gezählt. Entsprechend der Bevölkerungszunahme dürfte diese Zahl sich inzwischen auf mindestens 22000000 erhöht haben. In diese Zahl sind auch die Unternehmer, bzw. Betriebsleiter u. als erworbene Personen einbezogen.

Nach den die Unfallversicherung betreffenden neuesten amtlichen Mittheilungen giebt es im Reich 3396704 versicherungspflichtige Betriebe (gewerbliche, landwirthschaftliche, staatliche u.). Rechnen wir also auf jeden Betrieb einen Unternehmer bzw. Geschäftsführer, überhaupt eine Person, die nicht als Lohnarbeiter gelten kann. Die Zahl der in diesen Betrieben durchschichtlich beschäftigten bzw. versicherten Personen (Arbeiter und Betriebsbeamte, deren Gehalt M. 2000 nicht übersteigt und die nicht als „Arbeiter“ zu betrachten sind) beläuft sich auf rund 10 Millionen.

In dieser letzteren Zahl hätten wir die Grundlage für unsere Berechnung.

Nehmen wir nun die 3396704, entsprechend der Zahl der versicherungspflichtigen Betriebe, geschätzten Unternehmer u. von der angenommenen Zahl von 22 Millionen erworbener Personen ab, so behalten wir 17603296 Personen. Von diesen wollen wir nun weiter 7603296 als der Zahl der kleinen selbstständigen gewerblichen und sonstigen Unternehmer (deren Betriebe nicht versicherungspflichtig sind) entsprechend, abziehen. Zu den verbleibenden 10 Millionen, welche wir als Lohnarbeiter im eigentlichen Sinne des Wortes erachten, hätten wir die 10 Millionen durchschnittlich bei der Unfallversicherung in Frage kommenden Personen hinzuzurechnen. Auf diese Weise erhielten wir 20 Millionen als Wahrscheinlichkeitsziffer der Lohnarbeiterschaft Deutschlands, wobei selbstverständlich erworbene Frauen und jugendliche Arbeiter mit einbezogen sind.

Zur Lage der Krankenkassen

bringt der „Stabtanzeiger“ der „Königlichen Zeitung“ einen Artikel, welcher das bei der sogenannten „Ordnungsbekämpfenden“ Presse so beliebte Thema der „Ausbeutung der Kassen durch Simulanten“ behandelt. Der Artikel lautet: „Das Krankenkassengeheiß hat für die Arbeiterkassen bei Krankheitsfällen ganz unerschöpfbare Wohlthaten ge-

bracht und die Arbeiter in einer Weise sicher gestellt, daß wirkliche Noth selbst bei längerer Krankheit fast ausgeschlossen ist. (121). Für die Orts- und Betriebskrankenassen aber hat das Gesetz die Lücken nicht unbedeutend erhöht und eine große Steigerung der Leistungen herbeigeführt. Man hört überall Klagen, daß die früheren Beiträge und Einnahmen der Kassen nicht mehr genügen, um die Ausgaben zu decken und den gewaltig steigenden Anforderungen gerecht zu werden, so daß manche Kassen nicht nur die gesetzlich vorgeschriebene Erhöhung des Reservefonds um ein Fünftel der Jahresausgabe nicht vornehmen können, sondern den Arbeitgebern zuweilen noch ein Ausfall zu bedenken bleibt. Kassen, die früher noch dem staatlichen Krankentassengesetz einen ansehnlichen Reservefonds ansammeln konnten, haben in den letzten Jahren oft denselben angreifen und zum Theil aufzehren müssen. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die Krankentassenverbände darauf aufmerksam gemacht, daß in allen Fällen, in denen die Einnahmen nicht hinreichen, um ein Fünftel der Ausgaben dem Reservefonds zuzuführen, eine Erhöhung der Beiträge oder eine Minderung der Kassenleistungen sofort zu bewirken ist. Die Aufsichtsbehörde hat darüber zu wachen, daß diese gesetzliche Vorschrift erfüllt wird, und im Unterlassungsfall dem Oberpräsidenten Anzeige zu erstatten. Die außerordentlichste Lage so vieler Krankentassen im Vergleich zu früheren Zeiten zeigt, daß heute die Krankentassen in ganz anderer Weise in Anspruch genommen werden als früher, und so gern man auch die Wohlthaten des Gesetzes dem braven, sonst fleißigen Arbeiter voll und ganz gönnen mag, so kann man sich doch der Ueberzeugung nicht verschließen, daß diese Wohlthaten von vielen weniger ehrenhaften und arbeitssamen Leuten mißbraucht und ausgebeutet werden. 1.50 bis 2 M. auf den Tag ist ein Krankenlohn, der manchem arbeitssamen Menschen genügend hoch erscheint, um eine Zeit lang eine leichte Krankheit — zumal zur Winterzeit — einer mehr oder minder anstrengenden Arbeit vorzuziehen. Man setzt sich einmal auf den Fabrikum und man wird erfahren, daß es überall Drückbrüder giebt, welche verächtlich sind, der Krankentasse häufiger ungerechtfertigt zur Last zu fallen. Sehr oft kommt es auch vor, daß Leute, die entlassen werden oder in Kündigung stehen, vor dem Austritt „krank“ werden und einen Krankenschein verlangen, der ihnen natürlich nicht verweigert werden darf. Sogar des Krankenarztes ist es dann, den Simulanten zu entlarven und seine Krankheit bald zu heben, wie überhaupt nur eine gewisse Strenge des Arztes allein den Uebelthätigen Wohlthat schaffen kann. Daß die Unfallversicherungsgesellschaften mit aller Eile die Krankentassen zu kämpfen haben, hat der Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Stätten- und Bauwerks-Vereinsgenossenschaft dargelegt. Wo nicht ist, da steht auch der Schatten nicht, und so sehr man auch im Interesse des lebenden Arbeiters die gegenwärtigen Einrichtungen des Kranken- und Unfallgesetzes vom humanen Standpunkte begreifen mag, so darf man doch nicht verschweigen, daß eine gewissenlose Ausbeutung die heutigen ohnehin schwierigen Arbeiterverhältnisse noch mehr erschwert.

Diese Ausführungen des liberalen Blattes richten sich scheinbar gegen das Unwesen der Simulation. Daß es unter den Arbeitern Simulanten und „Drückbrüder“ giebt, ist leider eine Thatsache, die wir oft genug beklagen dürfen. Aber wir bestreiten ganz entschieden, daß die „Drückbrüderthatsache“ es ist, welche die Kassen der Ortskassen feigert. Gerade die Verwaltungen und die Vertreter dieser Kassen pflegen es an rücksichtsloser Strenge der Untersuchung und Beobachtung der krank gemeldeten Arbeiter nicht fehlen zu lassen. Diese Strenge wird häufig genug so weit getrieben, daß sie in ein Unrecht gegen wirklich kranke Arbeiter ausartet, indem der Arzt von der vorgefassten Ansicht ausgeht, „Simulanten entlarven“ zu wollen. Da begehren Ärzte dieselben Fehler, wie solche Staatsanwälte, welche einem Angeklagten unter allen Umständen eine Schuld beweisen wollen. Die wirkliche Tendenz der Ausführungen des „Rheinischen Stättenangeigers“ geht nun dahin, das Mißtrauen gegen die Arbeiter überhaupt zu stärken und zu verallgemeinern und insbesondere die Ärzte damit zu erfüllen, in dem Grade, daß sie füglich hinter jedem Arbeiter, dessen Krankheit und Arbeitsunfähigkeit sich nicht in unweifelhaftester Weise offenbart, einen „Simulanten“ vermuten. Auch redet der Artikel deutlich gegen einer Verminderung der Kassenleistungen das Wort, da mit der „Krankenlohn“ (1) den „Drückbrüder“ nicht mehr hoch genug erscheint, um „eine leichte Krankheit“ der Arbeit vorzuziehen.

Wir bleiben bei unserer schon öfter ausgeprochenen Ueberzeugung, daß gewissenlose Ausbeutung der Kassen seitens der Simulanten eine verhältnismäßig seltene Ausnahme bildet. Viel häufiger sind jedenfalls die Fälle, in denen wirklich kranken Arbeitern durch unbegründetes Mißtrauen seitens der Kassenverbände und Ärzte Unrecht geschieht.

Wir sehen die wahre Ursache der Steigerung der Krankentassen in einer anderen Thatsache, nämlich: in der, daß die Krankentassen verpflichtet sind, auch für den größten Theil der Unfälle, für die von Rechts wegen lediglich die Unternehmer auszukommen hätten, nämlich für alle solche, welche mit Erwerbsunfähigkeit bis zu 13 Wochen verbunden sind, einzustehen zu müssen. Das ist die wahre und wirkliche Ursache davon, daß die Einnahmen der Kassen oft die Ausgaben nicht decken. Von je 100 Unfällen fallen im Durchschnitt etwa 80 lediglich den Krankentassen zur Last. Es ist deshalb eine lächerliche tendenziöse Wache, die schwere Belastung der Kassen auf das „Simulantenunwesen“ zurückzuführen und dabei noch auf die „über alle Erwartung steigenden“ Kassen der Unfall-Vereinsgenossenschaften hinzuweisen und den „humanen Standpunkt“ vertheidigen zu wollen.

Uebersehen werden darf übrigens nicht, daß die allgemeine Erwerbsunfähigkeit in den letzten Monaten außerordentlich zugenommen hat. Die Influenza mit ihren Begleitkrankheiten hat alle Klassen und Stände ergreifen; auch viele Tausende von Arbeitern

sind von ihr heimgejucht worden, zum Nachtheil der Krankentassen. Aber es scheint, als müsse selbst diese betrübende Thatsache dem nationalliberalen Blatte dazu dienen, sein Gezeier über die „Drückbrüder“ zu begründen.

Unfall-Statistik.

* Bei der Hamburger Baugewerks-Vereinsgenossenschaft gelangten im verflochtenen Jahre 1877 Unfälle zur Anzeige, davon 144 im Monat Dezember. 38 Todesfälle waren zu verzeichnen, während im Ganzen 255 Unfälle einschlächtig wurden, so daß also 1877 zu Lasten der Krankentassen verblieben. Auf die einzelnen Sektionen vertheilt sich die Unfälle wie folgt:

Sektion.	Unfall-Anzeigen.		Todesfälle.		Entschädigte Unfälle.	
	Zusammen	Zusammen	Zusammen	Zusammen	Zusammen	Zusammen
I. Hamburg...	939	31	158			
II. Altona...	99	1	14			
III. Kiel...	260	4	35			
IV. Flensburg...	50		10			
V. Schwerin...	229	2	38			
Summa	1577	38	255			

* Bei der Schlesisch-Posenschen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft wurden im vierten Quartal 1889 angemeldet 408 Unfälle. Davon wurden entschädigt 126. Von diesen waren verbunden 19 mit Tod, 20 mit völliger, 84 mit theilweiser und 3 mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

* Ueber die voranschreitende Bauhätigkeit in Berlin im Frühjahr äußert die „Dauereig.“ die Ansicht, daß dieselbe etwas eingeschränkt werden dürfte, weil das Geld knapp und schon jetzt für Hypotheken um 1 Prozent gestiegen sei. Dem Meister-Dorgan erscheint dieser „voraussetzliche“ Rückgang sehr willkommen; Herr Felsch erhofft dann die Wiederkehr mancher Uebels — nämlich der Höhe der Bauteilepreise und der Streiklast; er schreibt: „Daß die Bauteilepreise rapide, zum großen Theil ganz unumwidlich, gestiegen sind, haben wir schon oft mitgeteilt. Die Preise waren eben vom Bedürfnis gar nicht mehr abhängig, sondern von verhältnismäßig wenigen Spekulant, welche ganz Berlin mit einem Ring von feinem Baugrund umgeben haben. — Gerüchtele Bauhätigkeit dürfte diese Spekulant bald gefügiger machen und jedenfalls der geradezu wahnwitzig gewordenen Spekulation Einhalt thun. Und auch die Streiklast der Arbeiter würde durch verminderte Bauhätigkeit abgemildert werden, was sehr zu wünschen wäre (111). Wir gönnen den Arbeitern wahrlich guten Verdienst, aber das fortwährende Arbeiten nach Vollendung der Arbeitszeit, wo doch im Baugewerbe die durchschnittliche Arbeitszeit keineswegs hoch bemessen ist, die immer größer werdende Unbotmäßigkeit, die immer geringer werdende Mithätigkeit, mit bestimmten Kräften zu rechnen, kann doch auf die Dauer nicht fortgehen, ohne die wirtschaftlichen Verhältnisse gänzlich zu verrücken und schließlich anarchische Zustände zu schaffen. Also wenn nach dieser Richtung Stillstand geschähe, wenn der Kampf hier gegen alle des Vorjahres in diesem Jahre nicht fortgesetzt würde, so würde dieser Stillstand selbst mit einer eingeschränkten Bauhätigkeit nicht zu hoch bezahlt werden.“ — Herr Felsch sucht diese rücksichtslose Interessen-Erwägung damit zu beschönigen, daß er behauptet: Berlin sehe noch nicht vor einer Wohnungsnoth, Wohnungen, auch kleine, seien ausreichend vorhanden. Das ist eine Unwahrheit; gerade der Mangel an kleinen Wohnungen macht sich in Berlin immer empfindlicher bemerkbar, so daß die Arbeiter mehr und mehr in die Vororte gedrängt werden.

Der Grund der sogenannten „Streiklast“ der Arbeiter ist berechtigte Unzufriedenheit mit ihrer Lage. Herr Felsch glaubt, daß dieses „Uebel“ Einhalt erfahre, wenn die Arbeiter von vorn in der Erwerbsthätigkeit heimgejucht werden; also Ursache zu noch größerer Unzufriedenheit erhalten! Sollte den Jünglern vor dieser Logik ihres geistigen Nahrungers nicht bange werden?

* Die staatliche Bauverwaltung im deutschen Reich bildet bekanntlich eine besondere Unfallversicherungsgesellschaft. Dieselbe umfaßt nach den jüngsten amtlichen Darlegungen 41 Versicherungsstellen, welche zusammen 50 139 versicherte, bezw. durchschnittlich beschäftigte Arbeiter und Betriebsbeamte aufweisen. Davon entfallen auf die erste Sektion der Baudeputation zu Hamburg 1365, auf die zweite Sektion 1292. Im ganzen Bereich der Organisation wurden im letzten Berichtsjahre 27 einschlächtigere Verletzte aus den Vorjahren und 55 neu hinzugekommene Unfälle gezählt. Auf die beiden Sektionen der Hamburger Baudeputation entfallen von ersteren sechs, von letzteren zwölf. — Die Baudeputation zu B. h. e. d. f. mit 294 versicherten Personen und einem einschlächtigberechtigten Verletzten aufgeführt.

* Die Errichtung eines Arbeitsnachweises-Bureaus ist in einer Verammlung der Berliner Arbeiter mit großer Majorität beschlossen worden. Mit Recht wurde dafür geltend gemacht, daß die Handwerker-Gesellen unter keinen Umständen zugeben dürften, daß der Arbeitsnachweise von den Innungen in die Hand genommen und im Sonderinteresse der Meister geleitet werde. Deshalb sei es aber auch die höchste Zeit, mit der Errichtung des Bureaus seitens der Gewerkschaft vorzugehen.

* Unter den Mauern in den böhmischen Landen macht die gewerkschaftliche Bewegung immer bessere Fortschritte. Wie wir schon vor einiger Zeit mitgeteilt haben, hat Kollege Fajet in Prag a. d. dort kürzlich ein Bauhandwerker-Dorgan herausgegeben. Fajet gehörte zu denjenigen böhmischen Kollegen, welche im vorigen Jahre von Bremer Innungsmeistern nach der Heimstadt an der Weser unter allerlei Vorpiegelungen gelockt wurden, um den dortigen streifenden Mauern Konkurrenz zu machen. Er, wie andere seiner Landsleute, überzeigte sich bald von der wahren Sachlage und schloß sich den Streifenden an. Es konnte nicht fehlen, daß er einen gründlichen Einblick in die gewerkschaftliche Bewegung und deren Prinzipien gewann. In die Heimath zurückgekehrt, begann er sofort, die gewonnenen Erkenntnisse zu verwerthen und das erwählte Fachorgan zu gründen. Die erste Nummer desselben wurde sofort bei ihrem Erscheinen konstatirt; dasselbe enthält die zweite Nummer. Die Prager Holzbeiratskonferenz witterte dahinter „sozialdemokratische Tendenzen“. Kollege Fajet hatte außerdem gegen Ende vorigen Jahres ein von der Geschäftsleitung der Maurer-Deutschlands ausgegebenes Flugblatt verbreitet. Diefelbe wurde er angeklagt, vom Bezirksgericht aber freigesprochen. Gegen dieses Urtheil erhob die Staatsanwaltschaft Berufung an das Landesobergericht, dasselbe vermochte aber in dem Inhalte des Flugblattes ebensowenig etwas „Umsitzlerisches“ zu entdecken und fällt ebenfalls ein freisprechendes Erkenntnis. Zweck einseitigen Vorgehens sind die Prager Maurer mit den Kollegen in Wien in Verbindung getreten. Mit diesen gemeinsam fordern sie vom 19. März ab zehnstündige Arbeitszeit und einen Minimallohn von 2 fl. pro Tag. Gewiß eine sehr beachtenswerte Forderung; aber die Unternehmer geben sich darüber, als solle die Welt zu Grunde gehen. Auch auf eine Reform des Krankentassenwesens richtet sich die Thätigkeit der Prager Kollegen. Bis jetzt sind die Maurer Böhmens auf Orts- und Bezirkskrankenassen angewiesen, in denen die bürokratische Bevormundung eine große Rolle spielt. Nun aber ist eine allgemeine Maurerkrankenkasse nach dem Vorbilde der deutschen freien Hilfskassen geschaffen worden. Von Interesse ist noch folgende aus Prag zugegangene Nachricht: Bekanntlich legten sehr viele der böhmischen Maurer, die im vorigen Jahre nach Bremen gelockt worden waren, als sie sahen, um was es sich handelte, die Arbeit nieder und gingen wieder in die Heimath. Aber die Bremer Meister hatten ihnen ihre Legitimationen präpariert, dieselben herauszugeben. Jetzt nun sind die betreffenden Kollegen von den zuständigen Bezirksämtern benachrichtigt worden, daß sie die Legitimationen dort in Empfang nehmen können. Die Bremer Meister haben dieselben der dortigen Holzbeiratsbehörde übermitteln und diese hat sie nach Böhmens geschickt. Besondere Aufmerksamkeit wollen die Prager Kollegen den Bezirken an der deutschen Grenze zuwenden, um die Massenwerbung von Mauern durch Agenten für Deutschland zu verhindern. Das würde ein großer Dienst sein, der den Mauern Deutschlands geleistet wird und sie zu entsprechenden Gegenleistungen verpflichtet. Wir wünschen den Bemühungen der zur Erkenntnis gelangten böhmischen Kollegen alles Glück und werden dieselben auch weiterhin mit Rath und That unterstützen.

* Die Maurergesellen Osnabrücks beantragen bei den Innungsmeistern eine Erhöhung des Stundenlohnes um 4 S. Die Innung hat sich nach längerer Weigerung dazu verstanden, eine Erhöhung um drei Pfennige zu bewilligen, und haben die Gesellen sich damit einverstanden erklärt. Der Durchschnitts-Verdienst der Osnabrücker Maurer wird also im laufenden Jahre bei zehnstündiger Arbeitszeit etwa M. 3.50 betragen.

Arbeitslohn im Baugewerbe des Mittelalters.

I.
Soeben ist in zweiter Auflage Stephan Weisels interessantes und belehrendes Werk über die Bauführung des Mittelalters erschienen. Das Centralblatt für Bauverwaltungen rechnet es diesem Werke mit Recht hoch an, daß dasselbe nicht lediglich idealistischer Lebensauffassung folgt, sondern auch auf die gesellschaftliche Stellung der Schaffenden achtet. Diejenige Theile des Wertes liegt die Baugeschichte der St. Viktorische in Kanten nach den in den dortigen Archiven vorhandenen Urkunden zu Grunde. Der Abschnitt des Weiselschen Buches, „Geldwerth und Arbeitslohn“ wird seiner Wichtigkeit wegen von genannten Blatt wie folgt wiedergegeben und erweitert: Zunächst wird in ihm die Art des Baubetriebes festgelegt. Die Bauarbeit hatte bestimmte jährliche Einnahmen, die bei möglichem Baubetrieb meist einen Ueberfluß ergaben, der dann, angeammelt, die Mittel zu größeren Unternehmen bot. So mußte der Baumeister sich nach der Fasse richten, welche Stillstand gebot, wenn die Schulden anwuchsen. Die Gelammtausgaben wechselten stark. Sie wurden entnommen aus dem Vermögen der Kirchenfabrik, das aus Grundbesitz und aus Ereritenten bestand, ferner aus den fällig werdenden Pfänden anderer Art, namentlich aus den Opfern an Mätken, deren Zahlhaber abwesend waren, aus Begräbnissen, Opfertönen, Stiftungen Einzelner und der verschiedenen Bräderschaften. Im Fall der Noth halfen Maßgaben der Päpste und die durch sie geschaffenen neuen Gabenmittel nach. 1514 erschien auch in Kanten der Ueberfluß für den Bau von St. Peter in Rom. Leider hat Weisels die Einnahmen nicht tabellarisch aufgeführt, sondern nur willkürliche Beispiele wiedergegeben. Für die Sittengeschichte, namentlich des 15. und beginnenden 16. Jahrhunderts,

*) Stephan Weisels, S. 3, die Bauführung des Mittelalters. Studie über die Kirche des hl. Viktor zu Kanten. Bau, Geldwerth, Ausstattung. Mit Abbildungen. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Freiburg i. B. 1889. Herder'sche Verlagsbuchhandlung. 8°. XIV, 232, 190 und 192 Seiten. Preis M. 7.50.

wäre gerade diese Tabelle von allerhöchstem Werte gewesen.

Die Verwaltung der Baurechnung unterstand dem magister fabricae, dem Baumeister, einem Geistlichen, also einem nicht technisch gebildeten Beamten. Unter diesem wirkte der magister lapidum, der Baumeister, und zwar bis 1374 als Besitzer einer Pfründe, die ihn den Kanonikern gleichstellte. Es scheint diese Einrichtung noch aus der Zeit zu stammen, in welcher die Geistlichen selbst die Bauleitenden waren. Eine mit großer Umsicht geführte Berechnung beschäftigte sich damit, die Lohnverhältnisse des Baumeisters und seiner verschiedenen Gehilfen festzustellen. Dilem Unternehmen setzen sich ganz außerordentlich Schwierigkeiten entgegen. Zunächst durch die Unsicherheit des Geldwertes und die traurige Lage des Münzwesens. Die Zahl der verschiedenen Geldsorten ist außerordentlich und ihr Verhältnis zueinander ein stets schwankendes. Weisheit konnte sich aber nicht damit begnügen, den Betrag des Lohnes auf einheitliche Silberwerte zurückzuführen, er mußte auch die Kaufkraft des Silbers feststellen, indem er in umfassender Weise die Getreidepreise statistisch behandelte. Denn nicht die Höhe des Geldbetrages bestimmt den Wert der Einnahmen des Arbeiters, sondern die Möglichkeit, sich für den Tagelohn eine reichliche Menge Brot zu schaffen. Andere Gebrauchsgegenstände kommen zur Erläuterung nebenher

Table with 3 columns: Jahr, Name des Meisters, Gehalt in Solibus in M. Rows include 1374, 1398, 1400, 1454, 1489, 1490, 1494, 1508, 1509, 1513, 1519.

in Betracht. Nun erst, nachdem das Verhältnis des Malter's Weizen, Roggen und Gerste zu den einzelnen Münzen festgestellt war, konnte Weisheit eine eigentliche Lohnstatistik aufstellen.

Zunächst beschäftigt er sich mit den Einnahmen der Meister, die in Jahresgehalt, Tagelohn und Fleibern bestanden. Vorstehende Tabelle gibt zunächst sein Gehalt in der zum Zeit üblichen Münze, den Solibus, deren 12 eine Mark ausmachten, sowie den Wert des Gehaltes, gemessen an der von Weisheit der Berechnung zu Grunde gelegten Getreideeinheit von je einem Malter Weizen, Gerste und Roggen.

Die auffallenden Schwankungen erklären sich aus dem jähren Sinken und Steigen der Getreidepreise im Mittelalter, wo noch nicht die Verkehrsmittel im Stande waren, die fernsten einzelner Landesteile auszugleichen. Außer diesem Gehalt erhielten die Meister Tagelohn, wenn sie für das Sticht arbeiteten. Nach dieser Lohn ist in vorwährender Tabelle jene Zahlen heraus, welche sich der erst gegebenen Tabelle anschließen und auch die Steinmetzgehilfen und Gehilfen (Behrlinge) in Betracht nehmen.

Table with 6 columns: Jahr, Meister, Gehalt, Gehilf, Ungerechnet nach heutigem Getreidewert, Meister, Gehilf, Gehilf. Rows include 1374, 1398, 1400, 1454, 1489, 1490/94, 1508/9, 1513/19.

*) 12 Denare sind 1 Solibus. Ich nehme nun, freilich ziemlich willkürlich, die Jahresleistung eines Steinmetzen etwa auf 250 Sommertage an. Etwa 70 Tage gehen für Feste und Sonntage, 50 als Verlust für den Winter von der Gesamtsumme der Tage ab. Es ergeben sich dann für den Steinmetzen Jahresentnahmen nach dem heutigen Gelde (M.) und dessen Kaufkraft.

Table with 6 columns: Jahr, Meister, Gehalt, Lohn, Summe, Geselle, Gehilf. Rows include 1374, 1398, 1400, 1454, 1489, 1490/94, 1508/9, 1513/19, Durchschnitt.

(Schluß folgt.)

Eine neue Organisation für die Maurer Berlins?

Nach dem Grundsatze: „Wer Gutes wirken will, darf Fehler nicht verhehlen“, haben wir über darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Organisation der Maurer Berlins eine ungenügende ist und keinerlei Gewähr für dauernde Erfolge bietet. Wir wissen, daß man uns diese Offenheit bezuglich in Berlin selbst genommen hat. Umso mehr gereicht es uns zur Genugtuung, daß man in den Kreisen der dortigen Maurer selbst angefangen hat, die gleiche Offenheit zu üben. In einer ihrer letzten

öffentlichen Versammlungen (15. Januar) hob der Vorsitzende, Herr Kerpau, in einem Rückblick auf die vorjährige Bewegung hervor, es sei vorzuziehen gewesen, daß die gestellten Forderungen bei der Unorganisiertheit der Maurer nicht mit einem Schlage hätten durchgeführt werden können. Es müßte, so erklärte der Redner weiterhin, eine vollständige Reorganisation in der Gewerkschaftlich vollziehen, wenn endlich einmal die Streiks entbehrlich werden sollten; mit dem jetzigen System sei nichts zu erreichen.

In demselben Sinne sprachen sich auch die Kollegen Schmidt, Maciejewski, Krieg und Hempel aus. Herr Krieg hielt es für die Reorganisation für unbedingt erforderlich, daß die bestehenden drei Vereinigungen der Maurer, Püger und Affordmurer sich zu einem großen Verein verschmelzen, dem sich unterschiedslos die ganze Kollegschaft anzuschließen hätte und dann vorwärts! Diesen Gedanken sprach Herr Hempel in längeren Ausführungen weiter aus, die Reorganisation als die Grundlage einer Bewegung hinführend und vor Zersplitterung warnend. Alle Maurer müßten in erster Linie vereinigt sein, gleichviel, in welcher Form sie arbeiten. Er hielt es für zweckmäßig, öffentliche Versammlungen einzuberufen und Püger und Affordmurer zu diesen einzuladen, um deren Ansichten zu hören, und diejenigen, welche Interesse an der allgemeinen Arbeiterfrage haben, zur Vereinigung heranzuziehen. Jedoch nicht nur für Berlin dürfe eine Vorsehrung in's Auge gefaßt werden, sondern auch für die Kollegen auswärts, deren Nothlage die Wurzel alles Übels ist.

Schließlich nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Zur Lösung der Frage: „Wie gedenken die Maurer Berlins und Umgegend ihre Organisation für das nächste Baujahr zu gestalten?“ beschließt die heutige Versammlung, sich sammt und sonder der Freien Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend anzuschließen und deren Ziele hochzuhalten.“ In einer weiteren am 20. Februar stattgehabten öffentlichen Maurerverammlung stellte Herr Karl Schmidt den Antrag: „Das Bureau der Versammlung zu beantragen, einen neuen Organisationsplan für die Maurer Berlins auszuarbeiten und denselben nach der Reichstagswahl drei großen Versammlungen vorzulegen.“

Leider wurde dieser sehr verständige Antrag abgelehnt. Wir bedauern das. Resolutionen, welche den Anschluß an die bestehende Organisation ansprechen, sind zweifelsohne gut gemeint. Aber wir befürchten, daß sie den geringsten praktischen Wert haben. Im Kreise der aufgeregten und organisierten Kollegen hat es gar keinen Zweck, die Nothwendigkeit des Anschlusses der Allgemeinheit an die Organisation in einer Resolution anzusprechen. Da kann es lediglich darauf ankommen, die Mittel und Wege zu finden, welche die Erreichung dieses Zieles verbürgen. Speziell für die Leiter der Berliner Maurerschaft kann die Frage nicht die sein: „Sollen wir für die Organisation überhaupt eintreten?“ sondern lediglich die: „Wie verhalten wir uns besten und sichersten bei dem Zustande kommen einer guten, den unerlässlichen Anforderungen genügenden Organisation?“

Daß in dieser Hinsicht mancherlei Vorschläge zu machen sind, die einen ganz neuen Organisationsplan ergeben, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Die bisherige Praxis hat sehr unbefriedigende Resultate ergeben, indem von den etwa 25 000 in Berlin arbeitenden Maurern kaum 4000 zum Anschluß an die Organisation zu bewegen gewesen sind. Es muß also eine andere Praxis eingeführt werden. Dieselbe setzt voraus, daß bedarf es reichlicher Erwägung aller einschlägigen Verhältnisse, die durch die neben der „freien Vereinigung“ der Maurer bestehenden Sonderorganisationen der Püger und der Affordmurer entgegengekommen. Schwieriger gestaltet werden aber die Schwierigkeiten lassen sich bei gutem Willen und Anwendung der richtigen Mittel wohl überwinden. Wir halten dafür, daß zunächst einmal die zum Mitwirken in der Organisationsfrage berufenen Vertreter der drei Organisationen zusammenzutreten, um gemeinsam zunächst wenigstens einen Boden für die Verhandlung zu schaffen. Den hauptsächlichsten Streitpunkt dabei wird allerdings die Affordarbeit bilden. Ueber diesen Punkt aber wird man sich verhältnismäßig leicht einigen können, wenn man sich auf jeder Seite bemüht, die Extreme möglichst den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend auszugleichen, ohne daß das Prinzip, wonach es notwendig ist, auf die Befestigung der Affordarbeit möglichst hinzuwirken, darunter leidet. Nach die Vereinigung der Afford-Maurer Berlins hat ja erklärt, daß sie dieses Prinzip anerkenne. Für die andere Seite würde die Erwägung maßgebend sein, daß die Affordarbeit doch nicht so ohne Weiteres beseitigt werden kann, weil sie ihre Wurzel in der ganzen modernen Wirtschaftsordnung hat. Man genügt einem wirtschaftlichen Prinzip am besten dadurch, daß man, um ihm Geltung zu verschaffen, auf die Praxis des wirtschaftlichen Lebens gebührend Rücksicht nimmt. Dadurch werden die Missionen, denen sich leider noch so viele Arbeiter in Betreff der Affordarbeit hingeben, am sichersten zerbröckelt. Die neue Organisation darf es aus sehr nahe liegenden Zweckmäßigkeitsgründen den Affordarbeitern nicht unmöglich machen, sich an dieser Organisation zu beteiligen; ihre Teilnahme an derselben soll den Ausweg bewirken, unter der Voraussetzung, daß auch sie ihrer exklusiven Genetisheit für die Affordarbeit entlagen, insbesondere, wenn sich's um die Durchführung eines Streiks handelt.

Nur so wird sich nach unserer Überzeugung der Boden für eine gemeinsame und feste Organisation der Berliner-Maurer schaffen lassen.

Wir glauben erwarten zu dürfen, daß Schritte in dieser ganz knapp vorgeschichteten Richtung unternommen werden, und behalten uns, je nach Gestaltung der Sache, weitere und eingehendere Erörterungen vor.

Was leisten die Unternehmer in der Unfallversicherung für die Arbeiter?

Aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahlen bemüht sich die Unternehmerpresse wieder einmal, den Arbeitern glauben zu machen, daß in ihrem Interesse die Unternehmer „sehr schwere Lasten“ für die Unfallversicherung zu leisten hätten und daß die Arbeiter verpflichtet seien, sich dafür „dankbar“ zu erweisen. Man möchte mit berarigen Vorspielungen diesen Arbeitern, welche noch indifferent und unwissend sind, für die herrschenden Parteien einfallen. Wir wollen deshalb die Frage, was die Unternehmer für die Unfallversicherung der Arbeiter denn wirklich leisten? wieder einmal unter den richtigen Gesichtspunkten betrachten.

Fassen wir zunächst die maßgebenden Zahlen in's Auge. Im letzten Rechnungsjahre haben ausweislich der amtlichen Mittheilungen, 3 396 704 gewerbliche und landwirtschaftliche Unternehmer zusammen für 9 897 428 versicherte Personen M. 29 730 033 an Versicherungsbeiträgen geleistet. Danach hat jeder Unternehmer im letzten Rechnungsjahre durchschnittlich etwa M. 9 an Beiträgen zu zahlen gehabt. Auf jeden versicherten Arbeiter entfallen von der Gesamtsumme der Einnahmen durchschnittlich M. 24.

Diese Ziffern lassen doch gewiß sehr deutlich erkennen, daß von einer „schweren Belastung“ der Unternehmer im Allgemeinen nicht die Rede sein kann. Wohl geben wir zu, daß öfter kleine Unternehmer im Verhältnis zu ihrem Geschäftseinkommen stärker belastet sind als die großen, die mit bedeutenderen Einkünften rechnen. Dieser Umstand aber fällt für unsere Betrachtung garnicht in's Gewicht; er beweist nur einen Fehler in der Organisation der Versicherung, der uns hier nicht flummert.

In einer der letzten Sitzungen des Reichstages wurden von Abgeordneten die sich auf M. 30-40 belaufenden Jahresbeiträge der Mitglieder der Mülhler-Berufsgenossenschaft als außerordentlich hoch, von keiner andern Berufsgenossenschaft erreicht, geltend gemacht. Aus dieser Aussage läßt sich, selbst wenn weitere Zahlen nicht zu Gebote ständen, schließen, daß in der Regel die Höhe des von dem Unternehmer zu leistenden Beitrages sicherlich nicht als „schwere Belastung“ gelten könne. Wer sie so bezeichnet, der giebt damit lediglich dem Unternehmeregottismus Ausdruck oder macht denselben Konzeptionen.

Durchweg leisten die Arbeiter, um ihrer gesetzlichen Krankenversicherung zu genügen, viel mehr, als die Unternehmer für die Unfallversicherung. Es ist nicht selten, daß Arbeiter jährlich M. 15-20 und mehr an Krankenkassenbeiträgen leisten.

Das Momento des Unternehmers über „schwere Belastung“ zu Gunsten der Arbeiter durch die Unfallversicherung ist umso mehr ein völlig unbegründetes, als sie sehr wohl verstehen, die Versicherungsbeiträge als Theil der Betriebskosten auf die Arbeiter abzuwälzen, indem sie auf intensivere und vortheilhaftere Ausnutzung der Arbeitskraft bedacht sind. Wenn irgend möglich bringen sie ihre Unfallversicherungsbeiträge bei Kostenanschlägen gleich in Anrechnung. Sie haben also die Möglichkeit, für diese Lasten in zwei Richtungen sich schuldig zu halten; und mancher Unternehmer macht dabei gar kein schlechtes Geschäft.

Die beständige Berufung darauf, daß die Beiträge „zu Gunsten der Arbeiter“ geleistet werden müssen, ist um deswillen eine geradezu lächerliche, weil die Unternehmer damit den Arbeitern gegenüber lediglich eine rechtlich garnicht abweisende Pflicht erfüllen, den Arbeitern gegenüber, die genügt sind, um das Broterwerbendes willen beständig mit ihrer Arbeitskraft auch ihre Gesundheit, ja oft genug selbst ihr Leben im Unternehmerinteresse auszuopfern. Ohne Zweifel wiegt Gesundheit und Leben der Tausende von Arbeitern schwerer, als der Unternehmerprofit, der durch die Unfallversicherungsbeiträge angeblich empfindlich verringert wird.

Für diese „Belastung“ der Unternehmer „dankbar“ zu sein, dazu haben die Arbeiter gar keine Ursache, denn immer und in jedem Falle ist doch der aus ihrer Arbeitsleistung zu erzielende Profit für den Unternehmer die Voraussetzung zur Zahlung der Versicherungsbeiträge. In jedem Falle werden diese Beiträge vom Ertrage der Leistungen des Arbeiters entrichtet.

Dieser Punkt ist, mögen die Beiträge hoch oder niedrig sein, für die Arbeiter bei Beurtheilung der ganzen Sache der entscheidende.

Die Folgen des Sonntags und des Frühstücks.

Sie wird nicht alle, die Sorte derjenigen Unternehmer, die keine sich darbietende Gelegenheit, den Arbeitern „Eins anzuhängen“, unbenußt vorbeigehen lassen. Auch die Unfallversicherung bietet ihnen solche Gelegenheit. Da finden wir auf Seite 9 des jüngsten Verwaltungsberichtes der Section I der norddeutschen Unfallversicherungs-Berufsgenossenschaft folgende Leistung:

Aus vorstehender Tabelle ersehen man, daß die größte Anzahl der Unfälle am Montag vorgekommen ist. Die Folgen des Sonntags und Montags spielen hier augencheinlich eine Rolle. Die Mai-Montage zeigen die höchste Ziffer im ganzen Jahr, obgleich weder Sonntag, noch Sänee und Glattis eingewirkt haben. Die Steigerung der Unfälle hinsichtlich der Zeit vor Frühstück beträgt 300 pht., woraus sich die größte Zahl der Unfälle in der Zeit kurz nach dem Frühstück ergibt.

Die Tendenz dieses Regententums ist offenbar die, die Arbeiter zu verächtigen, daß sie Montag und kurz nach dem Frühstück unter den gefährlichsten Einwirkungen „übermäßiger Genüsse“ stehen. Es fehlt nur noch, daß die Einführung der Sonntagsarbeit und der Wegfall der Frühstückspause gefordert wird zur Vermeidung von Unfällen!

Amerikanische Streikstatistik.

Wir erwähnen bereits häufig, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika sich durch Schaffung einer der Jahre 1881-1888 umfassen...

Die in dieser Statistik erbrachten Zahlen reden eine viel deutlichere und überzeugendere Sprache, als wirtschafliche-jahres Erörterungen.

Wir finden da die Ergebnisse von 3902 sich auf 22 304 Betriebe erstreckenden Streiks beschäftigt. In diesen 3902 Streiks waren 1 323 203 Arbeiter befristigt...

Welch außerordentliche Bedeutung die Organisationen sowohl der Arbeiter als der Unternehmer erlangt haben, beweist der Umstand, daß von je 10 000 Arbeitseinstellungen...

Unter je 10 000 Streikenden brachten 3919 ihre Forderungen ganz, 1088 theilweise durch, während fast die Hälfte, 4991, ohne Erfolg geblieben waren.

Um wie viel hartnäckiger der Lohnkampf im Jahre 1886 als im Jahre 1881 durchgeführt wurde, beweisen die folgenden Angaben: während im Jahre 1881 eine Arbeitseinstellung durchschnittlich nicht ganz 13 Tage gedauert hatte...

Bemerkenswerth ist der stärkere Antheil der Arbeiterinnen an den Streiks. Während im Jahre 1881 nur 542 Frauen unter je 10 000 Streikenden waren...

Um welche Summe es sich bei diesen großartigen Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital handelt, läßt sich daraus ersehen, daß die durch die Arbeitseinstellungen und Ausbrechungen verursachten Lohnausfälle auf fast 144 Millionen Mark, die Verluste der Unternehmer auf nahezu 129 Millionen Mark geschätzt wurden.

Die amerikanischen Streiks werden durch vier Hauptursachen insbesondere veranlaßt. In je 10 000 Betrieben, in welchen Streiks vorkamen, waren 4232 durch Forderungen von Lohnerhöhung, 1948 durch Forderungen von Lohnerabsetzungen, 777 durch Widerstand gegen Lohnerabsetzungen und 759 durch die Forderung nach Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit veranlaßt.

In den Jahren 1881-1886 hatte sich die Zahl der Arbeiter um 75 788 vermindert, welche unmittelbar nach Beilegung der Streiks entlassen wurden, ferner wird eine Verminderung um 4523 Arbeiter nachgewiesen, die die Beilegung der Arbeitsausperrungen zur Folge hatte.

Gewerkschafts-Chronik.

Nachrichten der Streikbewegung der Berliner Maurer. Seitens der Rechtschutzkommission der freien Vereinigung der Maurer Berlins ist für je 70 Personen, welche nach dem vorjährigen Streik von Anlagen wegen Vergehens wider § 153 der Gewerbeordnung betroffen wurden...

Mögen sie zur Wahrung dienen! Man kann auch, ohne sich des Vergehens wider § 153 schuldig zu machen, die Interessen der Streikenden erfolgreich vertreten. Drohen und Schimpfen nützt der Sache nichts!

Ein Baumeister wegen fahrlässiger Tödtung verurtheilt. Zur bringenden Warnung für Alle, die es angeht, legt in der Zeit der obersächsischen Bauten, der Häusererofsung und zahlloser Unglücksfälle bei Bauten...

Situationsberichte.

Maurer.

Verammlung der hiesigen Maurervereinigung. Am 12. Januar fand hier eine Verammlung des hiesigen Maurervereins statt, welche um 4 Uhr Nachmittags vom Vorsitzenden eröffnet wurde.

Erurt. Am Dienstag, den 14. Januar, hielten wir eine öffentliche Maurerverammlung im Saale des „Alten Schwam“ ab, welche überaus zahlreich besucht war; es waren über 400 Maurer zugegen.

Verbesseren. Am 19. Januar fand hier eine öffentliche Maurerverammlung statt, in welcher Kamerad Schuchardt aus Erfurt über Organisation sowie über die Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung einen eingehenden Vortrag hielt.

Wittenburg. In der im Dezember v. J. abgehaltenen Mitgliederversammlung des hiesigen Maurervereins wurde beschlossen, den Meistern einen Lohnsatz für das Jahr 1890 vorzulegen...

Berlin. Eine große öffentliche Maurerverammlung wurde am 28. v. M. unter Vorsitz des Herrn Bernau auf Veranlassung der Geschäftsleitung in Hamburg im Saale des Schweigergartens abgehalten.

Schon seit längerer Zeit nicht mehr, so daß der geräumige Saal die Erhaltenen kaum zu fassen vermochte. In derselben sprach Herr Lorenz aus Hamburg über: „Das Koalitionsrecht und die Gewerkschafts-Organisation.“ Der Referent begann mit einer Darlegung, unter welchen Umständen und Verhältnissen den Arbeitern das Koalitionsrecht zuerkannt werden mußte...

feien, die eine solche beanspruchen, während andere Bedner der Meinung waren, daß hier eine Arbeitszeitverkürzung überhaupt nicht ratsam sei.

Vorhausen. Am 21. Januar, Abends 8 Uhr, tagte im Saale „Zum Schäfershause“ eine öffentliche Mauererversammlung mit der Tagesordnung: Die gegenwärtige Lage im Handwerksstand und die Mittel zur Erhebung derselben.

Stendal. Eine Versammlung des Fachvereins der Maurer von Stendal und Umgebung fand am 19. Januar, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Wittwe Nie, Uchstraße 10, unter dem Vorsitz des Kollegen Carl Schullz statt.

Offen a. d. Ruhr. Am 26. Januar fand hier eine öffentliche Mauererversammlung statt mit der Tagesordnung: Die Arbeits- und Lohnverhältnisse dieses Jahres.

Bremen. Am 22. Januar fand die erste Fachvereinsversammlung der Maurer Bremens und Umgebungs im neuen Vereinslokale, Dürrenstraße 1, unter Vorsitz des Herrn Schöbner statt.

kürzester Zeit anderer Ueberzeugung werden. Herr Weder stimmte in prinzipieller Hinsicht den Ausführungen des Vorredners zu, ließ jedoch der augenblicklichen finanziellen Lage wegen von der Annahme des Beschlusses ab, da der sonst vorzunehmende Betragserhöhung selber die wankelmütigen Mitglieder abfallen und sich dem Gewerksverein anschließen würden.

Köln a. Rh. Am 21. Januar fand hier selbst eine ziemlich gut besuchte öffentliche Mauererversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Wahl eines Neuwörters der Lohnkommission und eines Vertrauensmannes.

Offertendorf. Am Sonntag, den 19. Januar, fand hier im Johannis Lokale eine öffentliche Mauererversammlung unter dem Vorsitz des Kollegen Ad.ermann statt.

Waldm. Am 5. Januar hatten wir eine Mitgliederversammlung des hiesigen Fachvereins mit der Tagesordnung: Stiftungsfeier und Fahnenangelegenheit.

19. Januar hatten wir dann eine sehr stark besuchte Versammlung wegen der Fahnenangelegenheit. Zu diesem Zweck hatten sich die Mitglieder des früheren Mauererwerks eingefunden, nur um uns die Fahne freitrag zu machen.

Wilhelmsburg a. S. Am Donnerstag, den 16. Januar, fand hier eine Mitgliederversammlung des Fachvereins der Maurer von Wilhelmsburg und Umgebungs statt mit der Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission.

Osterohe am Harz. Am 18. Januar fand hier eine öffentliche Versammlung der Maurer und Zimmerer statt, an welcher sich auch eine stattliche Anzahl Berufsgenossen anderer Gewerbe beteiligten.

Wahnbücheler. Eine öffentliche Versammlung der Maurer, Dachbeder und Steinbauer fand hier am 22. Januar, Abends 8 Uhr, im Gasthof „zur goldenen Taube“ statt.

